

Ein Dokument erbärmlicher Heuchelei

Der sozialdemokratische Maiaufruf

Das Bureau der 2. Internationale, der Internationale Vereinigung der Sozialpatrioten hat einen Aufruf zur diesjährigen Kaiserei erlassen. Dieser Maiaufruf ist äußerst "radikal" gehalten. Denn die Geschäftsmacher der 2. Internationale sehen die Radikalisierungswelle, die jetzt durch die internationale Arbeiterbewegung geht, und suchen sie mit radikalen Worten dieser Stimmung entgegen zu kommen, um damit besser ihre früheren Verträge zu vergrößern zu machen und um durch das Entgegenkommen in Wörtern die radikale Stimmung der Arbeiter für ihre trüben Ziele zu gewinnen.

Diese internationalen Sozialpatrioten des Krieges erinnern in ihrem Aufruf an den Weltkrieg, an die unheiligen Opfer an Menschenleben, die mahnhaften Verschwendungen der Wirtschaft, die das vielfältige Völkermorden gebracht hat. Sie unterschlagen natürlich bei dieser Erinnerung, daß es die Sozialpatrioten aller Länder, wie Tito, Rautsky, Renner in Deutschland-Oesterreich und ihre Kumpanen in den Entente-Staaten gewesen waren, die mit allen Mitteln die Massen in den Krieg zur Verteidigung der Provinz "ihrer" Kapitalisten hineingezogen hatten.

Die Sozialpatrioten "klagen" an die Kapitalisten, daß viele neue Kriege vorbereitet, die Abrüstung sabotieren, den Gedanken der Abrüstung auch öffentlich verleugnen. Sie unterschlagen dabei die Tatsache, daß es wiederum Sozialpatrioten sind, die ideologisch und materiell mit diesen Kapitalisten einen neuen Weltkrieg vorbereiten.

Hilferding, einer der theoretischen Großmeister des modernen Sozialpatriotismus war es, der durch seine Theorie über den "realistischen Pazifismus" den Arbeitern einreden wollte, daß jetzt ein kapitalistischer Krieg ausgeschlossen sei. Wenn eine reale Kriegsgefahr droht, so droht sie nach den Behauptungen Hilferdings nicht von kapitalistischer Seite, sondern — von Sowjetrußland und von Seiten der unterdrückten Völker. Der Zweck dieser Theorie ist klar: Die Arbeiter sollen auf den Krieg, der von den Kapitalisten gegen die Sowjetunion und gegen die unterdrückten Völker geführt wird, vorbereitet und in die Front der "pazifistischen" Kapitalisten gegen die "Friedenshäuser", gegen die Sowjetunion und gegen die unterdrückten Völker gebracht werden. Aehnlich handeln andere Führer des Sozialpatriotismus. So ist der französische Sozialpatriot Paul Boncour, den sich die französischen Kapitalisten zum Anwalt der Rüstungen des französischen Imperialismus erkoren haben, in England wiederum sind es die Macdonalds, die durch das Gedicht über das pazifistische Wesen des englischen Imperialismus den Arbeitern eine Kriegsvorbereitung und seine führende Rolle im kommenden Kriege verschleiern wollen.

So ist geradezu eine Provokation, wenn die Geschäftsmacher des internationalen Imperialismus in ihrem Ma-

auftrum den Arbeitern einreden wollen, es sind die Sozialpatrioten, die für das Selbstbestimmungsrecht der Kolonialvölker eintreten. Sie haben oft genug Proben vom genauen Gegenteil abgelegt. So war der bieder Macdonald, der als Ministerpräsident auf die Freiheitsbestrebungen der ägyptischen Nationalisten mit der Entsendung neuer Kriegsschiffe antwortete. Im Kampf gegen die unterdrückten Bauern von Marofa standen und stehen die französischen Sozialpatrioten auf der Seite des blutgierigen französischen Imperialismus. Deutsche Sozialpatrioten erheben mit deutschen Imperialisten die Forderung nach Kolonien, Mandaten für den deutschen Imperialismus. Hilferding wiederum, der Verteidiger des modernen Sozialpatriotismus hat regelmäßig, wenn er zum Selbstbestimmungsrecht der Kolonialvölker Stellung nahm, sich gegen diese Selbstbestimmungsrecht ausgesprochen.

Weiter "prangert an" der Maiaufruf der internationalen Sozialpatrioten die Kapitalisten, weil sie die Arbeiter um den versprochenen Achtstundentag geprellt haben. Der Aufruf aber unterstellt, daß in Deutschland die deutschen Reformisten ihre Hand zur Abwürfung des Achtstundentages gebeten haben. In England wiederum haben sich die Reformisten mit denselben Konservativen, die der Aufruf der gelben Sozialpatrioten als die Vorläufer gegen den Achtstundentag bezeichnet, an einen Tisch gesetzt, um über den "Industriekoden", das heißt über die Sicherung

ausbeuterischer Arbeitsbedingungen zu verhandeln und zu beraten.

Berrat der nächsten Interessen des Proletariats, Berat des Klassenkampfes der Arbeiter, Kriegsheile gegen die Sowjetunion, Kriegsheile gegen die unterdrückten Kolonialvölker, im Dienste der Imperialisten — das ist die Praxis der reaktionären sozialpatriotischen Führer. Demagogie, Betrug, Verwirrung des proletarischen Klassenbewußtseins — das sind die Mittel, mit denen die Sozialpatrioten die Arbeiter für ihre trüben Ziele einzufangen wollen. Und so appellieren sie in ihrem Aufruf an den proletarischen Willen zur Einheit, zur einheitlichen Tat, und verlangen, daß dieser Wille zur proletarischen Einheit sich in den kommenden Wahlen demonstriere.

Zum Kampf gegen den Krieg, gegen den Imperialismus, zum Kampf für den Achtstundentag, für die Freiheit der unterdrückten Völker, für die Einheit des Proletariats sollen die Arbeiter bei den Wahlen ihre Stimme den Sozialpatrioten, für die Partei des Imperialismus, für die Helfershelfer des Faschismus, für die Verteidiger des Militarismus, für die Kriegsheile gegen die Sowjetunion, für die Verräter des Achtstundentages, für die Feinde der proletarischen Einheitsfront abgeben!

Der 4. August 1914, der Tag, wo sich Imperialismus und Sozialpatriotismus zum schrecklichen Völkermorden vereinigt haben, muß für das internationale Proletariat eine warnende Lektion sein. Einheit des internationalen Proletariats, der werktätigen Massen,

unter dem Banner des Kommunismus zum rücksichtslosen Kampf gegen Imperialismus und Sozialpatriotismus wird daher am 1. Mai die Parole der Arbeiterklasse sein!

Leipart als Wahltrumpeter der SPD

Er will Ministerstelle für die Rettung der Bourgeoisie

Theodor Leipart, der erste Bundesvorsitzende des ADGB, lädt nicht nur gewerkschaftliche Konferenzen einberufen, um dort für die Wahl des SPD-Führer Propaganda zu machen, er betätigt sich auch schriftstellerisch. Mit ausdrücklicher Betonung, daß er im Namen der freien Gewerkschaften spreche, hat er jetzt einen Wahlappell verfaßt, der durch die SPD-Presse geht. Dieser Appell klingt aus mit der Parole:

"Die Mitglieder der Gewerkschaften werden mit gutem Beispiel vorangehen. Sie werden keine andere Partei wählen, als die Sozialdemokratie."

Diese parteipolitische Stellungnahme für die SPD wird mit folgenden eigenartigen Behauptungen begründet:

"Staatliche soziale Reformen und Gesetze zum Schutz der Arbeiterinteressen müssen die Tätigkeit der Gewerkschaften ergänzen und sind nötig, um die von den Gewerkschaften errungenen Fortschritte zu festigen. Seither hat

die Mehrheit des Parlaments die Arbeiter immer als Würdenträger behandelt. Die Schuld daran tragen jedoch die Wähler — darunter leider auch so viele Arbeiter und Angestellte — weil sie ihre Stimme für solche Parteien abgegeben haben, die gar nicht gewillt sind, ernsthaft für sozialen Fortschritt einzutreten. Dabei handelt es sich keineswegs um ein einseitiges Interesse der Arbeiter. Wir haben immer das Wohl des ganzen Volkes und das Interesse des Staates im Auge."

Leipart behauptet also, daß die SPD für den Schutz der Arbeiterinteressen eingetreten sei.

Dieses Eintreten für Arbeiterinteressen sieht so aus, daß die SPD die Schlichtungsordnung mitgeschaffen hat, die nach dem Zeugnis der Gewerkschaftsleitungen selbst die Streitfreiheit und das Koalitionsrecht etabliert.

Die SPD hat zusammen mit den Deutschen Nationalen die Gewerkschaftsfürsorge befreit und dafür die viel schlechteren Arbeiterlosenversicherung gefestigt.

Aus den Reihen der SPD erstanden die Unternehmerbörsen, die in Wort und Schrift gegen den Achtstundentag zu Feld zogen.

Wenn der Reallohn der Arbeiter heute trotz riesiger Unternehmerprofite und verbreitachtem Kapital des Unternehmertums geringer ist als in der Vorkriegszeit, so ist das die Schuld der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Um das gute Verhältnis zu den kapitalistischen Parteien aufrechtzuerhalten, haben die SPD-Führer durch Verhetzung der Arbeiter verhindert, daß die Arbeiterschaft geschlossener und wütiger gegen die Kapitalisten kämpfen konnte. Diese Koalitions-politik begünstigt die SPD ebenso wie Leipart damit, daß sie das "Wohl des ganzen Volkes", also mit Einfluß der Kapitalisten, und das "Interesse des Staates", das heißt der kapitalistischen Regierung im Auge haben. Dieser SPD wird jetzt der ganze Apparat und das Geld der freien Gewerkschaften zur Verfügung gestellt.

In einem geradezu schamlosen Abschnitt seines Aufrufes wendet sich Leipart direkt an die Kapitalisten. Er schreibt wörtlich:

"In den ersten Jahren nach dem Kriege bis in die schlimme Zeit der Inflation, als die Not des Volkes und des Vaterlandes am größten war, sahen auch weite Kreise des Bürgertums eine Rettung nur noch in den Gewerkschaften. Wir haben nach Möglichkeit unsere Pflicht getan und fordern keinen Dank dafür. Aber wir verlangen, daß jetzt die Belehrungen erfüllt werden."

Leipart wiederholt damit, was er schon öfters gesagt hat, nämlich, daß die ADGB-Führer das deutsche "Vaterland" vor dem Bolschewismus gerettet haben. Leipart wendet sich heute wieder an die Bourgeoisie und ruhmt sich, daß die ADGB-Führer mitgeholfen haben, den Teil der Arbeiterschaft niedergeschlagen, der nach dem Kriege heldenhafte Kämpfe, um der Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuter ein Ende zu machen. Für die "Rettung" des Bürgertums verlangt Leipart, wie er sagt, zwar "keinen Dank", er betet aber um die Erfüllung der damals gegebenen "Verheißen". Es handelt sich für Leipart um keine Freunde, hauptsächlich um Ministerstube und um höhere Beamtenposten.

Die Arbeiterschaft kann Leipart für seine offene Sprache nur dankbar sein. Leipart hat dazu beigebracht, daß sich jetzt immer größere Massen mit Empörung und Verachtung von der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer abwenden werden. Die von Leipart eröffnete Diskussion, die nicht mehr mit dem verlogenen Hinweis von der "parteilichen Neutralität" abgetan werden kann, wird von der Opposition mit Zuversicht fortgesetzt werden. Die Arbeiterschaft will Einigkeit und Kampf gegen die Bourgeoisie, nicht deren "Rettung" vor dem Sozialismus. Die Arbeiterschaft wird sich auch erinnern, daß die SPD gegen die elementaren Rechte und Lebensinteressen der Arbeiterschaft gehandelt hat. Wenn sich Leipart ruhmt, die Gewerkschaft der Bourgeoisie gerettet zu haben, so werden die Arbeiter erst recht mit der Kommunistischen Partei gehen, die gegen die Gewerkschaft der Bourgeoisie und für die Arbeiter- und Bauernregierung kämpft.

Rur die Kommunistische Partei kämpft gegen das Kapital und für die Interessen der Arbeiter!

Freigelassene Kämpfer, unterstützt die einzige Klassenpartei, kämpft mit der KPD!

Nehmt sofort in den Gewerkschaften und Betrieben Stellung zu dieser Wahlhilfe für die SPD.

Bringt Entscheidungen ein, daß die um Lohn und Brot, die gegen den Schlichtungskindel kämpfenden Arbeiter Kommunisten wählen.

